



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 22. August 2019

Parlamentswahl entscheidet, ob wir über das Rahmenabkommen abstimmen

Die Parlamentswahlen haben vordergründig wenig direkten Einfluss auf das Rahmenabkommen, denn Parlament und Bundesrat werden so oder so nach den Wahlen das institutionelle Abkommen rasch unterzeichnen wollen. Wichtig ist aber, das Parlament entscheidet abschliessend, ob und wie der Rahmenvertrag dem Volk vorgelegt wird. Obwohl es offensichtlich ist, dass das Abkommen ein obligatorisches Referendum braucht, werden im Hintergrund Planspiele geschmiedet, das Abkommen ohne oder nur mit einem einfachen Referendum durchzuboxen. Darum ist es eben doch entscheidend, wer im Herbst ins Parlament einziehen wird.

Rahmenabkommen wird nach den Wahlen durchgewunken

Für die Eigenständigkeit der Schweiz wäre es ideal, wenn im Herbst das Parlament mit Gegner des Rahmenabkommens besetzt wird. Es ist aber leider davon auszugehen, dass nach den Wahlen Bundesrat und Parlament sehr rasch das Abkommen absegnen werden. Wir müssen damit rechnen, dass die Parteien, Kantone und Gewerkschaften am Schluss noch kippen und eine Unterzeichnung des Rahmenvertrages befürworten werden. Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass eigentlich alle politischen Akteure und Parteien – ausser die SVP – den Kern des Abkommens gar nicht mehr in Frage stellen. Automatische Rechtsübernahme, der EU-Gerichtshof als Schiedsrichter, Sanktionen und Guillotinen wären die Folgen für die Schweiz.

Parlament entscheidet endgültig über Volksabstimmung

Viel brisanter und relevanter ist, dass das Parlament abschliessend und nicht anfechtbar darüber entscheiden wird, ob und welches Referendum es geben wird. Dabei sollte mit unserem Demokratieverständnis auch klar sein, welches Referendum zum Zuge kommen sollte: Es braucht ein obligatorisches Referendum, ohne Unterschriftensammlung, mit Volks- und Ständemehr! Denn dieses Abkommen verändert unsere Verfassung, betrifft die Kantone und zerstört unsere direkte Demokratie. Beim Freihandelsabkommen mit der EU von 1972 und beim EWR 1992 war das Parlament und der Bundesrat noch ehrlich zum Schweizer Volk. Sie haben die Abkommen dem obligatorischen Referendum unterstellt. Bei den Bilateralen I und II haben die politischen Eliten begonnen aus abstimmungstaktischen Gründen nur noch das fakultative Referendum vorzusehen, wo man als Gegner mühsam Unterschriften sammeln muss und das Kantonsmehr nicht zum Tragen kommt. Es ist davon auszugehen, dass dies wieder stattfinden wird. Darum sind die Parlamentswahlen im Herbst so wegweisend für die Schweiz. Wählen Sie Kandidatinnen und Kandidaten, die das Abkommen ablehnen oder zumindest so ehrlich sind und wegen seiner grossen Bedeutung das Abkommen dem Verfassungsreferendum unterstellen.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt